

## Der Ruf nach Einheit

### Der SPD-Politiker Karl Lauterbach diagnostiziert vorschnell den "Zweiklassenstaat"

*Von Axel Börsch-Supan*

Auf keinem anderen Schlachtfeld als in der Politik kann der Zweiklassenstaat überwunden werden". So endet Karl Lauterbachs Epos davon, wie "die Privilegierten Deutschland ruinieren". An den Beginn dieses Epos hat Lauterbach sich selbst gestellt: Er führt den Leser in seine US-amerikanische Ausbildung und ärztlichen Meriten ein, und er schildert seine Metamorphose vom Saulus zum Paulus der deutschen Gesundheitspolitik.

Diese autobiografische Klammer umschließt einen Gang durch vier Sozialsysteme, an denen das Thema Zweiklassenstaat durchdekliniert wird. Lauterbach beginnt mit dem Bildungssystem. In seiner Wortwahl profitieren die Reichen vom Versagen des Bildungssystems auf Kosten der Armen. Im Gesundheitssystem sind die privat Versicherten Parasiten der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Rentensystem kann für die länger lebenden Reichen nur finanziell überleben, weil die Armen früher sterben. In der Pflegeversicherung drängen die Privilegierten schließlich den Einkommensschwachen eine Teilkaskoversicherung auf, die für sie teuer ist und dennoch schlechte Qualität liefert. Es ist ein Deutschland, das tief gespalten ist; kalt agierende Ausbeuter manipulieren "das System" so, dass das Prekariat für ihre Privilegien auch noch zahlen muss.

(...)

Viele der von Lauterbach angeprangerten Zustände sind in der Tat himmelschreiend. Lauterbach hat völlig recht, das deutsche Bildungssystem als im Kern marode zu bezeichnen, das es schafft, "oben und unten gleichzeitig zu versagen". Er formuliert überspitzt, aber im Kern richtig, dass unser Bildungssystem "oben keine Spitzenkräfte und unten Massenarbeitslosigkeit" produziert. Er hat auch recht, über unser Gesundheitssystem zu klagen, weil es das drittteuerste der Welt ist, aber nur mäßige Leistungen erwirtschaftet. Er hat recht, das absurde Abrechnungssystem, die Überheblichkeit der kassenärztlichen Vereinigungen, die schädliche Trennung von ambulanten und stationären Behandlungen und die Verinselung von Spezialisten

anzuprangern und anschließend die verlogene Gesundheitsreform 2006 zu beweinen.

Wenn dieses Buch ein wenig dazu beiträgt, Deutschland aufzurütteln; wenn also mehr Menschen realisieren, dass Bildung und Gesundheit die Grundpfeiler unseres Lebensstandards und Lebensglücks sind, dass wir es aber sträflich versäumen, sie als Investitionen für die Zukunft aufzufassen, sondern sie nur noch als Kostenfaktoren sehen - dann hat das Buch einen großen Dienst geleistet.

Die Steigerung unseres materiellen Lebensstandards beruht seit den 1980ern nur noch auf Produktivitätsfortschritten. Wie soll aber eine Gesellschaft im demografischen Wandel produktiver werden, wenn die Jüngeren nicht gut ausgebildet werden und die Älteren nicht gesund bleiben? Das Ausmaß der Bildungskatastrophe in Deutschland wird trotz PISA und TIMMS nach wie vor verdrängt. Es ist eine Zeitbombe - weil eine Generation schlecht ausgebildeter Junger über ein ganzes Erwerbsleben hinweg unter dieser schlechten Ausbildung leiden wird. Und wie soll eine alternde Gesellschaft blühen und gedeihen, wenn den meisten Akteuren der Gesundheitspolitik der Zukunftsinvestitionsgedanke völlig fremd ist, sondern nur Kosten minimiert werden sollen?

Es ist gut, dass Lauterbach engagiert und mit vielen richtigen Fakten die Dringlichkeit tiefgreifender Reformen anmahnt. Was aber ganz und gar nicht überzeugt, sind seine Sprünge in den Klassenkampf. Sie sind aufgesetzt und folgen nicht aus der Diagnose. Viel zu einfach macht es sich der Autor hier. Wir haben doch längst eine kräftige Umverteilungsmaschinerie. Jeder dritte Euro des Sozialprodukts fließt in das Sozialbudget des Staates, den mit Abstand größten Posten des Staatshaushaltes. Die oberen 20 Prozent der Einkommensverteilung zahlen fast die Hälfte des Einkommensteueraufkommens, das untere Fünftel gerade mal 3 Prozent. In der Rente haben wir eine Grundsicherung; in der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen die Steuerzahler die Beiträge für diejenigen, deren Einkommen niedrig liegt.

Es ist absurd und ein billiger Appell an den Neidreflex, die privaten Krankenkassen als die Wurzel allen Übels im Gesundheitswesen hinzustellen, wenn gut bekannt ist, wie eng das monopolisierende Geflecht zwischen kassenärztlichen Vereinigungen, Pharmaindustrie und der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Eine Abschaffung der privaten würde weder die strukturellen noch die finanziellen Probleme der

gesetzlichen Krankenkassen lösen. Stattdessen muss dieses Geflecht entknotet werden, und das wird nur mit mehr Wettbewerb, nicht aber mit mehr Staat zu machen sein.

Es ist noch absurder, die niedrigere Lebenserwartung bildungs- und einkommensschwacher Menschen als finanzielle Stütze des Rentensystems zu bezeichnen. Warum kommt der Autor nicht auf die Idee, mehr Gesundheitsbildung und bessere präventive Maßnahmen zu fordern, um die Lebenserwartungen auf einem höheren Niveau anzugleichen? Warum greift er nicht etwa die Tabaklobby an, die einen guten Teil der Differenz auf dem Gewissen hat? Auch für die Pflegeversicherung fällt ihm nichts Besseres ein als eine Beitragserhöhung, als ob wir der nächsten Generation nicht schon genug Finanzierungsprobleme aufbürden würden.

Lauterbach hat einen langen Weg vom US-gestählten Wissenschaftler zum Direktmandatsträger Köln-Mülheims im Bundestag zurückgelegt. In mehr oder minder subtilen Selbstbezügen kommt das Buch immer wieder darauf zurück. Er ist ein Meister darin geworden, keinen vergessen zu lassen, dass ihn der Hut eines Wissenschaftlers schmückt, um dann dennoch Emotionen zu schüren. In diesem Buch offenbaren sich die Widersprüche. Seine allzu simple politische Welterklärung passt nicht auf die wissenschaftliche Diagnose. Die Krux der Reformpolitik in Bildung, Gesundheit, Rente und Pflege ist ihre Komplexität. Die Aufgabe eines Wissenschaftlers in der Politik ist es, dieser Komplexität gerecht zu werden, nicht aber, sie durch billige Parolen vom Klassenkampf zu übertünchen. Das ist Opium für das Volk.

(...)

*Der vollständige Artikel erschien in der „Berliner Zeitung“ am 26. Juni 2007.*